

Nachrichten und Anzeiger

für Naunhof, Brandis, Borsdorf, Beucha, Trebsen und Umgebung

Anzeigenpreis: Die 6spaltige Millimeterzeile 6 Bsp., Textteil (Bspalt) Millimeterzeile 14 Bsp. Nachlaß nach feststehender Preisliste. Für Blauwände und bei fernmündl. Anzeigen- und Textausgabe wird keine Gewähr für Richtigkeit übernommen. Zahlungs- und Erfüllungsort Naunhof. Druck u. Verlag: Güntz & Cule, Naunhof, Markt 3, Fernruf 502. Geschäftsstelle in Brandis, Bahnhofstr. 12, Ruf 261. Anzeigenannahme bis 9 Uhr vorm.



Diese Zeitung erscheint täglich (außer an Sonn- und Feiertagen) nachm. 4 Uhr. Bezugspreis monatl. RM. 2.— einchl. Austrägergebühr. Einzelnummer 10 Bsp., Sonnabds. 15 Bsp. Der Bezugspreis ist im voraus zahlbar. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Rückgabe unverlangt zugelandeter Schriftstücke wird keine Gewähr geleistet.

Diese Zeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Bürgermeister von Naunhof, Brandis, Borsdorf und Beucha behördlicherseits bestimmte Blatt. Es enthält auch Bekanntmachungen des Finanzamtes Grimma. Diese Zeitung ist hervorgegangen aus den 1890 gegr. „Nachrichten für Naunhof“ u. 1904 gegr. „Nachrichten und Anzeiger für Brandis, Borsdorf, Trebsen u. Umg.“

Nummer 140

Montag, den 10. Juli 1939

50. Jahrgang

Unser täglich Brot...

Getreideversorgung 1939/40 bei uns und bei den anderen

Die soeben zu Beginn des neuen Getreidewirtschaftsjahres erlassenen Bestimmungen geben ein neues umfassendes Bild der ruhigen Entwicklung der vom Reichsbauernführer geschaffenen Marktordnung des Reichsnährstandes. Die ausgleichenden Wirkungen, die dem Verbraucher wie dem Erzeuger gleichermaßen zugute kommen und auf der einen Seite eine gerechte Versorgung, auf der anderen Seite eine stetige Versorgung gewährleisten, zeigen sich vor allem darin, daß heute ein grundsätzlicher Umbau bestehender Bestimmungen nicht mehr vorzunehmen wird. Die Grundlage der Getreidewirtschaftspolitik im neuen Wirtschaftsjahr bilden im wesentlichen die bisherigen Bestimmungen, die nur nach den Erfahrungen ergänzt und, wenn nötig, auch entsprechend der veränderten Versorgungslage angepaßt werden. Dies zeigen sowohl die beiden Verordnungen des Reichskommissars für die Preisbildung und des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, die die Preisfrage regeln, als auch die Generalanordnung der Preisvereinigungen der deutschen Getreidewirtschaft, die sich mit allen übrigen Fragen befaßt und vor allem eine einheitliche Regelung der Rechtstypen für ganz Großdeutschland bringt. Sämtliche Anordnungen, sowohl die Getreidepreisregelung wie die Angleichung der Getreidepreise und Marktverhältnisse der Ostmark, des Sudetenlandes und des Memellandes an die des Reiches als auch die Festlegung einheitlicher Rechtstypen im gesamten Großdeutschen Reich bedeuten eine gradlinige Fortsetzung der seit Jahr und Tag bei uns betriebenen Getreidepolitik, die dahin geht, eine Brotgetreidereserve zu schaffen und zu erhalten, die groß genug ist, unvorhergesehen eintretende Ausfälle in der Ernte oder der Einfuhr auszugleichen. Die notwendige nationale Brotgetreidereserve ist bei uns im Wirtschaftsjahr 1938/39 erstellt worden. Die Lösung dieser Aufgabe wurde erleichtert durch das Verfügungsverbot für Brotgetreide und die Verpflichtung der Landwirtschaft, die über Saat und menschlichen Eigenbedarf hinausgehenden Mengen restlos abzuliefern. Das Verfügungsverbot für Brotgetreide bleibt in Kraft, da die Vorratshaltung auf dem Futtergetreidegebiet mit der Entwicklung der Brotgetreidereserve nicht Schritt gehalten hat. Doch ist die Futtermittellage nach wie vor ausgeglichen. Besondere Freude wird bei manchen „Vedermählern“ die Tatsache hervorrufen, daß Weizen und allerlei Vordwert mit bestem Weizenmehl ab 1. August gebacken werden. Mit dieser Bestimmung wird die bisher der Ostmark vorbehaltene Weizenmehltypen für das ganze Reich zugelassen. In jedem Falle bedeutet die neue Jahresanordnung für die Getreidewirtschaft 1939/40 für Erzeuger und Verbraucher, ebenso wie für Verteiler und Bearbeiter, eine sichere Grundlage für die Getreideversorgung.

Anders ist die Frage des täglichen Brotes vielfach im Ausland gelagert, namentlich in den großen Weizenüberschußgebieten. Man kann schon sagen, daß sich manche Sorge dort an die Preisfrage knüpft und daß viele, viele Bauern dort ihr Brot in Tränen essen. Sehen wir uns die Versorgungslage am Weizenmarkt der Welt einmal näher an. Mit einer Weltweizenenernte von annähernd 124 Millionen Tonnen ausschließlich Rußland und China hat das nun zu Ende gehende Wirtschaftsjahr 1938/39 einen Rekordtrag erbracht. Der bisher größte Weltreichtum wurde im Jahre 1928/29 mit 110 Millionen Tonnen erzielt. Dieses Ergebnis war auf die große Ausdehnung der Anbauflächen in den Uberschußländern sowie auch in den Einfuhrländern zurückzuführen, die von einem überdurchschnittlichen Fektarertrag begleitet war. Naturgemäß hat diese Weizenüberproduktion sich in der Preisgestaltung des Weltmarktes scharf ausgewirkt. Die Weltweizenpreise sind während des ganzen Jahres ständig herabgegangen und betragen beispielsweise Ende Juni in Liverpool für den Juli 1939 nur noch 45,40 RM. je Tonne. Damit wurde seit September 1931 der niedrigste Preisstand verzeichnet. Um den zwangsläufigen vollständigen Zusammenbruch der Landwirtschaft zu verhindern, sind daher in den Donauländern, in Frankreich und auch in den Uberschußländern Erzeugerpreise festgesetzt worden, durch deren Gewährung den Regierungen dieser Länder tiefe Unkosten erwachsen, die ebenfalls als für die Dauer untragbar bezeichnet werden. Selbst in den mit niedrigen Produktionskosten arbeitenden Uberschußländern war die Durchführung der Ausfuhr ohne staatliche Zuschüsse an die Erzeuger, sogenannte Subsidienzahlungen, im abgelaufenen Wirtschaftsjahr nicht mehr möglich. Trotz aller Einlagerungen haben sich aber mit den Uberschußländern der letzten Jahre insgesamt 16 Millionen Tonnen Weizen nicht an den Mann bringen lassen, die ihren Käufer suchen. Im neuen Wirtschaftsjahr dürfte sich diese Zahl sogar auf 30 Millionen erhöhen.

Der vorbereitete Ausschuh für die Weltweizenkonferenz, der am 7. Juli in London zusammentritt, steht also vor kaum lösbaren Aufgaben gestellt.

„Despotie über die gesamte Menschheit!“

Bernichtendes norwegisches Urteil über Englands Welt Herrschaftspraktiken

Die norwegische Zeitung „Naginat“ bringt in ihrem letzten Heft einen Artikel von Dr. Hermann Harris Kall, in dem der Verfasser feststellt, daß die britische Politik Jahrhunderte hindurch nur das Ziel hatte, England die Macht über das Meer als Mittel zur Macht über alle anderen Staaten zu sichern. Hierdurch habe England eine Despotie über die gesamte Menschheit ausgerichtet, die als das größte Verbrechen der Geschichte zum Himmel schreie. Die „beschnittenen“ kleinen Nationen hätten diese Verbrechen mehr als die „Ideale“ zu spüren bekommen, die England mit seiner Politik angeblich verfolge. Kein Staat hat die Freiheit mehr geschändet als England selber gegenüber kleinen und großen Staaten, geschändet in der grausamsten Form. Jahrhunderte hindurch, bis zu des letzten Krieges letzten Tagen und darüber hinaus wenn England lebt, so erklärt Kall u. a. weiter, als Richter der Freiheit und der Demokratie aufrete, müsse man darauf aufmerksam machen, daß eine selbständig fühlende Nation vor allem Freiheit in ihrem Verhältnis zu anderen Staaten fordert... Wie ein Staat neben und seine eigenen Angelegenheiten ordnet, berührt uns nicht. Die Staatsform eines Staates gehe nur dessen eigene Bürger an. Daher gebe die Norweger auch die deutsche Staatsform nicht an, die ihnen nie geschadet habe. Die englische internationale Diktatur berührt aber, so ruft der Verfasser aus, unsere Stellung als freies Volk. Die englische internationale Tyrannie ist nicht einmal eine rechtsprechende Diktatur, sondern nur ein Gewaltzustand, eine Despotie über andere Staaten. Und ihre Drohung gegen die Freiheit der nordischen Staaten ist verdoppelt durch das Bündnis zwischen England und dem marxistischen Imperium im Osten.

Damit sind die nordischen Staaten am meisten von der britischen Politik herangefordert. Und jetzt kommt England und bittet uns kleine Nationen darum, daß wir unserem Tyrannen gegen Deutschland helfen sollen, und zugleich seine Tyrannie über uns aufrecht erhalten! Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sagt Dr. Kall, ob England nicht wolle, daß ein autoritäres Regime notwendig sei in einem Land, das von Feinden ringum bedroht werde. Selbstverständlich, so gibt er gleichzeitig die Antwort, weiß England das. Aber der Grund dafür, daß es trotzdem Deutschland verfolge, ist, daß es Deutschland als Schwächling will und über dessen Verteidigungsmittel berührt ist, denn die Staatsform gibt Deutschland größere Schanzkraft, sich gegen Angriffe zu wehren. England ist, um seine Herrschaft aufrecht zu erhalten, bereit, die Freiheit aller Staaten weiterhin zu schänden, indem es die Demokratie als Programm ausstellt, um die Wahrheit seiner Politik zu verbernen. Solange die westlichen Krieg-

machte weder ihre Despotie über die Meere aufgeben, noch der Aufforderung nach Abströmung folgen, solange mehren sie es nicht ehrlich mit den Programmen von Freiheit, Demokratie, Frieden und Recht, sondern sie mißbrauchen diese Ideale ebenso wie 1914 als Vorwand für naive Seelen.

Neuer Bittgang in den Kreml

Unterredung der englisch-französischen Unterhändler bei Molotow

Die englisch-französischen Unterhändler, und zwar die Vot-schaffer der beiden Länder sowie der britische Sonderbeauftragte Sirang, hatten den sowjetrussischen Regierungschef und Außenminister Molotow um eine Unterredung gebeten, die dann auch stattgefunden hat. Die Unterredung hat sich sehr in die Länge gezogen. Und von allen Seiten wird absolutes Schweigen über das Ergebnis der Unterredung gewahrt.

Syrische Verfassung außer Kraft gesetzt

Neue Eingriffe der französischen Mandatsbehörden

Der französische Oberkommissar Buaug in Syrien hat den Rücktritt der syrischen Regierung sowie des Staatspräsidenten zu weiteren Eingriffen benutzt. Buaug, der sich zur Zeit in Damaskus aufhält, verordnete kurzerhand die zeitweilige Aussetzung der syrischen Verfassung und die Ernennung eines Direktoriums zur Übernahme der Regierungsgewalt. Dieses ihm direkt unterstellte Direktorium soll zum Erlaß von Gesetzen ermächtigt werden. Die Mandatsbehörde erklärt dazu, die Maßnahmen seien „nur vorübergehender Natur und sollten den Abschluß eines neuen französisch-syrischen Vertrages nicht verhindern.“ (1)

In einer habsch-Meldung aus Damaskus heißt es ergänzend, in einer weiteren Verordnung sei die Auflösung der syrischen Kammer und eine zeitlich unbegrenzte Verchiebung der Neuwahlen verfügt worden. In der handschriftlichen Rücktrittserklärung des syrischen Staatspräsidenten Hadim Bey heißt es u. a., die Kammer habe Frankreich nach dem Abschluß des französisch-syrischen Vertrages ihr Vertrauen geschenkt. Allet sei die Verwirklichung der Wünsche des Landes auf Unabhängigkeit und Souveränität gewesen. Der Staatspräsident bringt dann sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß die neue Mandatspolitik in Widerspruch zu den abgeschlossenen Abkommen stehe, auf deren Grundlage sich der Präsident bereit erklärt hatte, seinen Vollen zu übernehmen. Unter diesen Umständen habe er sich zum Rücktritt entschlossen.

Deutsch bis zum letzten!

Danzig bereit, sein Deutschtum gegen jeden Angriff zu verteidigen

Gauleiter Forster sprach vor Zehntausenden auf den mächtvollen Abbruchfestungen der Kreisstadt der NSDAP in Olivo und in Neujahrswall.

Der Gauleiter forderte die Auflösung des widerrechtlich von Polen auf Danziger Boden, an der Halbinsel, der Halbinsel, unterhaltenen Munitionslagers, das eine künftige Bedrohung für den Hafen und die Stadt Danzig sei.

Polen habe kein Recht, ausgerechnet in Danzig ein Munitionslager zu unterhalten, während es den Danzigern selbst verboten sei, Kriegsmaterial in Danzig zu lagern. Durch diese unberechtigten Privilegien Polens sei in Danzig ein Zustand geschaffen, der unhaltbar sei.

Danzig sei heute deutscher denn je, fuhr der Gauleiter fort. Die Danziger Bevölkerung wisse, daß es ihr in Deutschland besser gehen werde. Aber selbst, wenn es Danzig schlechter gehen würde, gäbe es keinen Danziger, der sich nicht mit jeder Faser seines Herzens ins Reich zurücksehnte.

Die Danziger aber seien vollkommen ruhig und fühlten sich sicher in der Hand des Führers, der durch Dr. Goebbels den Danzigern habe lassen lassen, daß 80 Millionen Deutsche für Danzig eintreten würden. Aber darüber hinaus seien die Danziger selbst bereit, ihr Deutschtum gegen jeden politischen Angriff zu verteidigen.

Rjošewanoff in Jugoslawien

Empfang bei Außenminister Cincar-Matowitsch

Der bulgarische Ministerpräsident und Außenminister Rjošewanoff traf auf seiner Rückreise von Deutschland in der jugoslawischen Sommerresidenz Belides (Nied) ein. Er wurde am Bahnhof von Außenminister Cincar-Matowitsch begrüßt, der ein Frühstück zu Ehren des bulgarischen Ministerpräsidenten gab und anschließend mit ihm ein Fahrt in die Umgebung unternahm.

Staatsbesuch Cianos in Spanien

Montagabend Ankomst in Barcelona. — Feierliche Ehrung der gefallenen Legionäre.

Der italienische Außenminister Graf Ciano partierte am Sonntag vom römischen Wasserflughafen Ostia nach Gae-ta, wo er sich sofort an Bord des Panzerkreuzers „Eugenio di Savoia“ zu einem einwöchigen Staatsbesuch in Spanien einschiffte. Zum Abschied hatten sich am Flughafen außer zahlreichen Vertretern von Regierung und Partei der deutsche Botschafter von Mackensen und der japanische Botschafter Schratorri eingefunden.

Montagabend trifft Graf Ciano in Barcelona ein. Drei Kreuzer und eine Zerstörerflottille geben dem italienischen Außenminister bei seiner Fahrt durch das Mittelmeer das Geleit. Beim Vorüber der Balearen am Montag wird vom Wankschiff „Eugenio di Savoia“ zu Ehren der gefallenen

italienischen Legionäre in feierlicher Form ein Kranz ins Meer versenkt.

Die gesamte italienische Sonntagspresse verzeichnet mit lebhafter Begegnung das starke Interesse, das die Reise des Grafen Ciano in den europäischen Hauptstädten findet, und hebt die feierliche und herzliche Aufnahme hervor, die der Emdbote seiner Freundschaftsreise durch Spanien überall finden wird.

Rot-Kreuz-Arbeit nicht zweitrangig

Gauleiter Henlein und Staatsminister Fritsch in Bad Teplitz-Schönau

Die Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes wurde auf einer Tagung der Landesstelle IV des DRK Dresden in Bad Teplitz-Schönau vom Landesführer IV des DRK, Staatsminister Fritsch, in ihrer Bedeutung deutlich gekennzeichnet.

Staatsminister Dr. Fritsch stellte zunächst fest, daß die Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes keinesfalls eine zweitrangige sei, wie dies heute leider noch allzuoft angenommen werde. Die Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes müsse vielmehr genau so ernst genommen werden, wie jene in der Partei und deren Niederungen, wie überhaupt das Verhältnis des Deutschen Roten Kreuzes zur Partei ein überaus inniges sei.

Daß in dem Deutschen Roten Kreuz die tragende Idee die nationalsozialistische ist, sei selbstverständlich, denn, so sagte Dr. Fritsch, wäre dies nicht der Fall, so würde das Deutsche Rote Kreuz seine Aufgabe verkennen. Allein im Weltkrieg seien durch die Rot-Kreuz-Arbeit 800 000 Deutsche erhalten geblieben.

Gauleiter Reichsstatthalter Henlein sprach vorher über die Arbeit des DRK im Sudetengau. Durch die Arbeit der freiwilligen Rettungsgesellschaften, der Samariterabteilungen, der Turnerschaft und anderer Verbände seien gewisse Voraussetzungen geschaffen und Vorarbeiten geleistet, auf denen weitergebaut werden könne.

Im Deutschlands Tor zur Welt

Betriebsausflug der Besatzung der Kanäle des Führers.

Die Kanäle des Führers veranstaltete am Wochenende für ihre Mitglieder einen Betriebsausflug im Sonderzug nach Hamburg. Dort fand zunächst eine große Hafenrundfahrt statt, die allen zeigte, wie die Tat des Führers auch hier am Tor Deutschlands zur Welt von Grund auf Wandel geschaffen und die Schäden des Systems beseitigt hat. Anschließend fand eine offizielle Begrüßung im Ufersportler Härtelhaus durch den Gauleiter und Reichsstatthalter Karl Kaufmann statt, der nochmals in seinen Worten gerade auf die besondere Bedeutung hinwies, die Hamburg im Rahmen der Sonderaufgaben des Vierjahresplanes zukommt. Reichsleiter Bouhler als Chef der Kanäle des Führers dankte für den überaus herzlichen Empfang seiner Dienststelle durch die Gauleitung. Mit einem Kameradschaftsfeiern auf dem Zillberg in Blankenese fand das offizielle Programm dieses Betriebsausfluges sein Ende.

Neben den Erfolgsfachmitglidern nahmen auch Vertreter der Obersten SA-Führung der Präsidialkanzlei und des Reichsforstamtes als Gäste an der Fahrt teil.